

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Michael Köberle
(im Hause)

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten Sie darum, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

AUSBAU DER KINDERBETREUUNG

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die erhöhten Kreismittel nicht lediglich als zusätzliche Einnahme verbucht werden, sondern konkret und zweckgebunden dem Ziel der verbesserten Schulkinderbetreuung – auch in den Schulferien – in der Grundschule zur Verfügung gestellt werden.
2. Deswegen bittet sie den Magistrat, bis zur Sommerpause 2017 dem zuständigen Sozialausschuss hierzu einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Schulkinderbetreuung in den Stadtteilen und der Kernstadt gemeinsam mit dem Landkreis und bestehenden Elternvereinen gegenwärtigen und kommenden Bedarfen angepasst werden kann. Dazu ist zu berichten, ob und wann der Landkreis sich am „Pakt für den Nachmittag“ beteiligt. Außerdem ist auch eine Versorgung während der Ferienzeit anzustreben und eine Unterstützung der heimischen Förder- und Elternvereine aller Grundschulen zu prüfen.
3. Der Magistrat wird außerdem gebeten, im zuständigen Sozialausschuss zu berichten, wie sich die Situation der Hortplätze in den Limburger Kindertagesstätten darstellt und was hier perspektivisch geplant ist. In diesem Zusammenhang soll auch berichtet werden, inwieweit infolge einer verbesserten Schulkinderbetreuung freierwerdende Hortplätze in den jeweiligen Kindertagesstätten anderweitig genutzt werden können bzw. benötigt werden.

Begründung

Die Schaffung einer ausreichenden Zahl an Plätzen für Kindergartenkinder ist seit Jahren ein Schwerpunkt städtischer Politik. Dabei ist die Zuständigkeit der Stadt Limburg klar gegeben, da diese für die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder bis zum Schuleintritt alleine zuständig ist. Dieser Verantwortung kommt die Stadt vorbildlich und vollumfänglich nach.

Allerdings beschreibt der Bildungs- und Erziehungsplan in Hessen die Betreuungssituation für Kinder zwischen 0 und 10 Jahren. Es ist – bei allen Fortschritten – feststellbar, dass Eltern nach der sehr guten Angebotssituation in den Kindergärten mit Schuleintritt (wieder) vor Probleme gestellt werden. Die Situation ist von Schule zu Schule unterschiedlich, und oftmals kann nur der ehrenamtliche Einsatz von Eltern in Betreuungsvereinen die Betreuung der Kinder sicherstellen.

Die Verbesserung der Schulkinderbetreuung war in den vergangenen Jahren vielfach Gegenstand von Überlegungen zwischen Land, Kreis und Stadt. Mittlerweile gibt es zwei parallel laufende Angebote: zum einen die „ganztagsarbeitende Schule“ mit drei Profilen – zum anderen den „Pakt für den

Nachmittag“. In Wiesbaden ist zu hören, dass perspektivisch alles auf den Pakt für den Nachmittag umgestellt werden soll.

Der Pakt für den Nachmittag verlangt von den Standortkommunen ebenfalls eine Leistung, obwohl die Kommunen eigentlich mit der Aufgabe in den Kindergärten schon sehr viel zu tun haben.

In den Unterlagen des Kreistages zur Erhöhung der Förderung der Kinderbetreuung wird auch auf Schulen Bezug genommen. Dort heißt es, dass „die Betreuung von Kindern im Grundschulalter (...) künftig zunehmend im Rahmen des Ganztagschulprogramms oder im Rahmen des ‚Pakts für den Nachmittag‘ organisiert werden“ solle.

Bisher hat sich der Kreis nicht an diesem Programm beteiligt. Diese Ankündigung bedeutet aber auch, dass die Stadt Limburg hier mit in die Verantwortung kommen wird, da der Pakt für den Nachmittag die Verantwortung der Kommune auf den Nachmittag und die Schulferien legt.

Darauf sollten wir rechtzeitig vorbereitet sein und hierfür die jetzt erhöhten Kreismittel vorsehen. Solche verbesserten Betreuungsangebote für Schulkinder stellen nicht zuletzt einen wichtigen weichen Standortfaktor dar.

Weitere Erläuterungen erfolgen im Bedarfsfall mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christopher Dietz
Fraktionsvorsitzender